

Die empirische Revolution

Die Ökonomieabteilung der Universität Zürich soll in die Top Ten der Welt aufsteigen. Das Sponsoring durch die UBS wurde soeben verlängert. Was bedeutet das für Wissenschaft, Politik und Wirtschaft? Der Antreiber und Starökonom Ernst Fehr erklärt den Weg zum Erfolg. Von Beat Gygi

Langfristig zu den besten zehn wirtschaftswissenschaftlichen Instituten der Welt gehören: Das ist Ernst Fehrs Vision für das ökonomische Departement der Universität Zürich in den nächsten zehn Jahren, nachdem die UBS für weitere zehn Jahre finanzielle Unterstützung zugesagt hat. Fehr bringt seine Vision im Gespräch im Büro in Zürich eher sanft vor, nicht angriffig oder hochtrabend, mehr im Stil einer internen Zielsetzung, weniger wie eine Botschaft nach aussen, aber er wirkt entschlossen, auch wenn er anfügt: «Wir wissen, dass wir noch ein grosses Stück davon entfernt sind, und es wird nicht einfach sein, das in zehn Jahren zu erreichen. Aber wenn man sich keine ambitionierten Ziele setzt, dann arbeitet man nicht hartnäckig genug in diese Richtung. Sich Ziele zu setzen, hat per se eine Anreizwirkung.» Fast hört man aus diesen Worten den Verhaltensforscher heraus, der er beruflich ja ist. Eine solche Vision sporne die Leute im Departement an, Forschung und Ausbildung weiter zu verbessern, fürs Publizieren in Top-Zeitschriften zu kämpfen und Forschung zu betreiben, die wissenschaftlich Spitze und für Politik und Gesellschaft relevant sei.

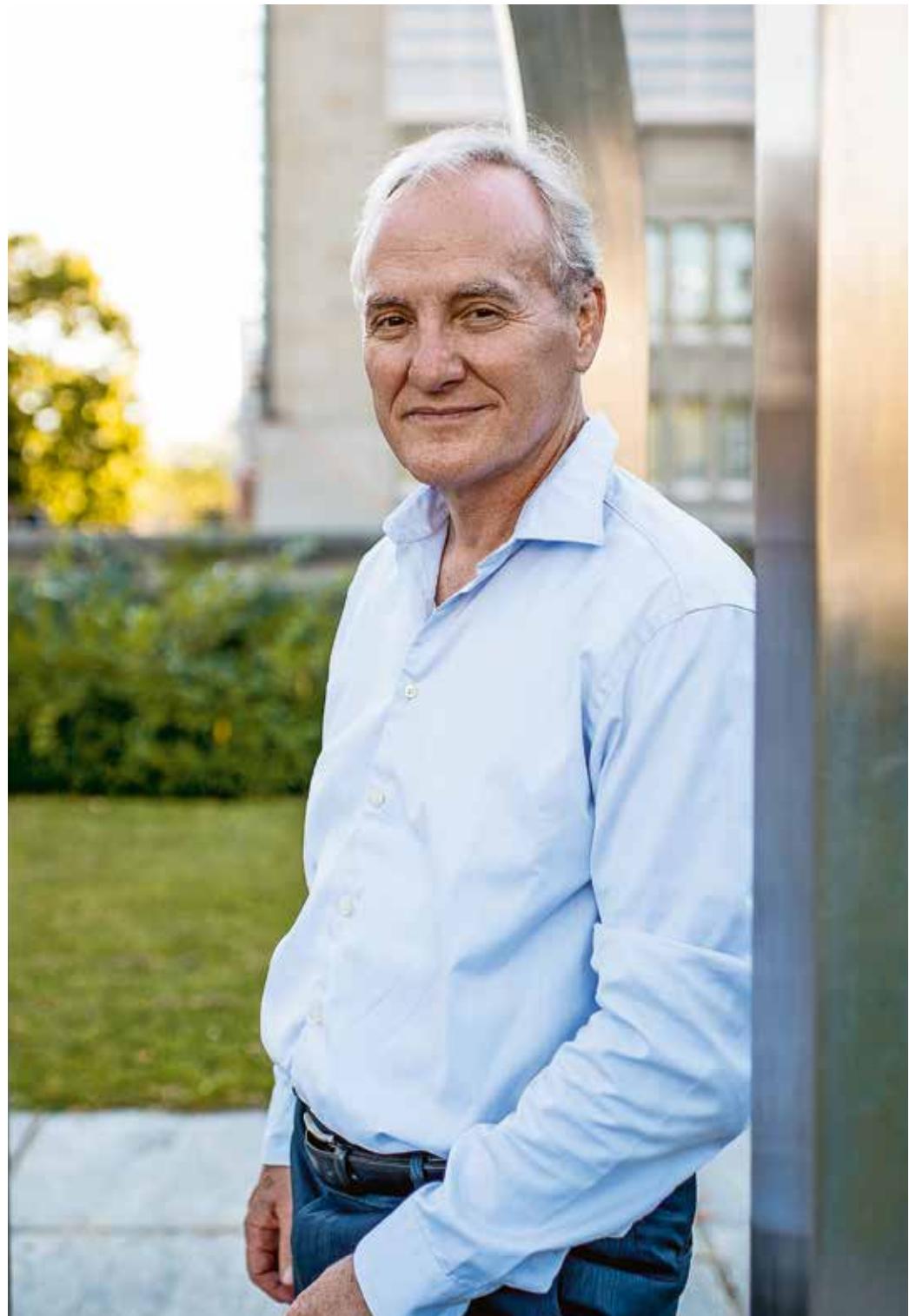
Spende von 125 Millionen Franken

Was ist denn Spalten-Ökonomie? «Für uns zählt sehr stark, wieweit wir in der Lage sind, in internationalen Top-Zeitschriften zu publizieren, die sehr umkämpft sind und in die zu gelangen, schwierig ist», sagt Fehr. Aber werden denn da wirklich die relevanten Themen

«Das zeigt, dass man die Menschen zum Guten verändern kann und dass es ihnen erst noch nützt.»

behandelt, ist das nicht eher ein eigener Elitekreis? «Ich glaube, dieses Argument traf zu bis Mitte der 1980er Jahre, denn bis dahin war die Ökonomie eine weitgehend theoretische Disziplin», meint er. Heute jedoch sei die Ökonomie eine stark empirisch orientierte Wissenschaft, zwar immer noch theoretisch geleitet, aber es werde viel mehr als früher analysiert, wie die Welt in der Realität, ausserhalb des Elfenbeinturms, funktioniere. Die zahlreichen Arbeiten gerade jüngst zur Corona-Krise zeigten dies eindrücklich.

«Was in den vergangenen dreissig Jahren in unserer Wissenschaft passiert ist, kann man ei-



«Hohe Wertschätzung für das Effizienzprinzip»: Mikroökonomik-Professor Fehr.

ne empirische Revolution nennen», sagt Fehr. Was ist revolutionär? «Wir sind heute in der Lage, Kausalitäten, also Ursachen und Wirkungen, ziemlich genau zu identifizieren. Früher konnte man nur Korrelationen erkennen,

weil die experimentelle Methode in der Wirtschaftswissenschaft nicht angewendet wurde, die methodischen Grundlagen der Kausalanalyse mit nichtexperimentellen Daten noch fehlten und die Computer damals

viel weniger leistungsfähig waren.» Wenn Ökonomen heute auf moderner methodischer Grundlage in der Wirtschaftspolitik Aussagen machten, beruhten viele Empfehlungen auf einem gesicherten kausalen Zusammenhang, etwa nach dem Muster: Wenn man Massnahme A ergreift, dann ist mit der und der Wirkung zu rechnen. Beispiel? Fehr nennt etwa Untersuchungen über die positiven Auswirkungen der Demokratie auf die Wirtschaft oder über die Betreuung vernachlässigter Kinder im jungen Alter, die so grosse Wirkungen habe, wie man sie bisher nicht gekannt habe. Kinder fänden durch diese Betreuung zu sozialerem Verhalten, unter anderem dank Vorbildfunktion, hätten mehr Erfolg in der Schule und auch sonst im Leben. «Das zeigt, dass man die Menschen zum Guten verändern kann und dass es ihnen erst noch nützt», fügt er an. Seiner Ansicht nach bieten die Fragen, wie viel Eltern in ihre Kinder investieren und in welcher Art sowie welche Folgen daraus für die Gesellschaft zu erwarten sind, noch viel Stoff für Forschungsthemen.

Der aus Vorarlberg stammende 64-jährige Fehr gehört zu den erfolgreichsten und bekanntesten Wirtschaftswissenschaftlern, in einschlägigen Rankings zählt er zu den einflussreichsten Ökonomen im deutschen Sprachraum, und er galt auch immer wieder als Kandidat für den Nobelpreis. Er ist seit 1994 in Zürich Professor für Mikroökonomie und experimentelle Ökonomik und war – früher zusammen mit Bruno S. Frey – treibende Kraft, als sich das Zürcher Institut für empirische Wirtschaftsforschung mit viel Ausdauer auf eine europäische Spitzenposition emporarbeitete. Ihm ist 2012 ein grosser Coup gelungen, als die UBS zu ihrem 150-Jahr-Jubiläum etwas zugunsten der Ökonomie tun wollte und er die Bankführung mit Präsident Kaspar Villiger und Konzernchef Sergio Ermotti davon überzeugen konnte, den grössten Teil der geplanten Spende auf Zürich zu konzentrieren. Er schrieb das Konzept dazu.

So erhielt die Universität Zürich eine Spende von 100 Millionen Franken, die dem damals neugeschaffenen und ans ökonomische Departement angegliederten UBS Center for Economics in Society zukamen, mit Fehr als Direktor. Mit der Spende wurden sieben neue Stiftungsprofessuren geschaffen, das gesamte Departement wuchs damit auf über 35 Professoren. Jetzt hat die UBS für die nächsten zehn Jahre eine weitere Spende von 25 Millionen Franken zugesichert, was neben der Verstärkung von Ausbildung, Forschung und Betreuung eine weitere Stiftungsprofessur ermöglicht.

Kann ein Institut eine Spitzenposition sogar kaufen, wenn es genug Geld hat? Die Frage erscheint zunächst schräg, aber die Karriere der Zürcher Ökonomieabteilung zeigt, wie wichtig die Finanzierung ist. «Nur viel Geld allein hilft nicht, wenn man nicht gleichzeitig sehr gute Leute anziehen kann», sagt Fehr und

ergänzt: «Die Leute kommen ja nicht nur wegen des Geldes und der zugesicherten Ressourcen, nein, internationale Topwissenschaftler kann man dann am besten anziehen, wenn man schon viele hier hat.» Um das zu erreichen, müsse man möglichst viele auf einmal herholen können, also möglichst viele Berufungen gleichzeitig starten können – und dafür sei die UBS-Spende genau das richtige Kaliber gewesen, genau deshalb wäre es seiner Ansicht nach falsch gewesen, das Geld über die Schweiz zu verteilen.

«Alle Angefragten müssen darauf vertrauen können, dass schon genügend weitere gute Leute da sind», sagt Fehr. Wissenschaftler suchten eine anregende Umgebung mit interessanten Diskussionsgelegenheiten und guter Lebensqualität. Läuft denn heute der Wissenschaftsbetrieb nicht eher virtuell-modern übers Internet, quer über die Welt und Zeitzonen? Nein, meint Fehr, am fruchtbarsten seien immer noch direkte Diskussionen, persönliche Begegnungen, das gelte übrigens

«Alle Angefragten müssen darauf vertrauen können, dass schon genügend gute Leute da sind.»

auch für die Wirtschaft; räumliche Nähe, Cluster als Stichwort, sei oft wichtiger, als man denke, wenn man Innovationen voranbringen wolle.

Fehrs Rezept beim Rekrutieren besteht darin, sich auf Nachwuchstalente mit internationaler Erfahrung zu konzentrieren, die am Aufsteigen, aber noch nicht von der Gehaltsexplosion in der amerikanischen Superliga erfasst worden sind. Darunter sind die aus der Schweiz stammenden David Dorn und Dina Pomeranz oder die Deutschen Ralph Ossa, Florian Scheuer oder Joachim Voth.

Wie sieht es denn aus mit der hergebrachten wirtschaftspolitischen Beratung, den Ratschlägen beispielsweise liberal orientierter Ökonomen, die darlegen, wie eine Wirtschaftsordnung beschaffen sein sollte, damit sie gut funktioniert? Die zum Beispiel der persönlichen Entscheidungsfreiheit grossen Wert beimesse oder eine zu hohe Staatsquote kritisieren? Verschwindet diese Beratung mit der Zeit? Verschwindet Ordnungspolitik?

«Die empirische Revolution macht das Vertreten ideologischer Positionen tatsächlich immer schwieriger. Wenn man empirisch forscht, ist man eigentlich ergebnisoffen und muss Ratschläge mit den entsprechenden Daten begründen», meint Fehr. Wenn man in der Politik heute Massnahmen vorschlage, habe man also viel weniger Raum für vorgefasste Werthaltungen etwa zur Wirtschaftspolitik als früher.

Haben Ökonomen denn nicht auch eine Art Pflicht, die Leute auf irgendeine Art zu warnen

und auf Probleme aufmerksam zu machen, wenn die Umverteilung so weit geht, dass man nur noch vom Verteilen des Kuchens und nicht mehr vom Backen spricht? Fehr signalisiert Entwarnung: «Ich glaube, dass Ökonomen praktisch alle innerlich eine hohe Wertschätzung für das Effizienzprinzip haben und dass sie aufgeschlossen sind gegenüber der Frage, wie man den Kuchen möglichst gross macht. Das werden sie dem Publikum auch zu verstehen geben», sagt er. Man müsse aber im Auge behalten, dass die Ungleichheit vor allem in den USA eben stark zugenommen und entsprechende Gegenbewegungen hervorgerufen habe. Als ausländischer Beobachter sehe er da Ungleichheiten, die er moralisch stossend finde, zum Beispiel, dass Leute mit dem Job zugleich auch ihre Krankenversicherung verlören. Von weit rechts bis weit links sehe man das in der Schweiz wohl auch so.

Bessere Kinderbetreuung

Fehr weist darauf hin, dass es im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlicher Effizienz und Umverteilung immer auch darauf ankomme, wie stark die Vorliebe der Menschen für Gleichheit sei. Eine Bevölkerung mit starker Präferenz für Gleichheit werde beispielsweise andere sozialpolitische Entscheide treffen, als wenn die Einkommens- und Vermögensverteilung ein Nebenthema sei. In seiner Forschung befasse er sich gerade mit der Frage, wie hoch in der Schweiz die Abneigung gegen Ungleichheit sei – und er müsse sagen: enorm hoch. Schliesslich haben stark umverteilungsorientierte Vorlagen wie die Steuergerechtigkeitsinitiative von 2008 und die «1:12»-Initiative recht hohe Ja-Anteile erhalten. Anhand von Befragungen und Verhaltensexperimenten in Gruppen aus der normalen Bevölkerung komme er zum Befund, dass rund 15 Prozent der Leute in Fragen der Umverteilung als weitgehend egoistisch eingestuft werden könnten, 35 Prozent zeigten sich in gewissem Ausmass altruistisch, und rund 50 Prozent hätten eine starke Vorliebe für Gleichheit. Eine derart auf Gleichheit bedachte Bevölkerung sei nicht einmal in Dänemark beobachtbar.

Wenn er zur Schweizer Politik oder Wirtschaft heute einen grundsätzlichen Rat geben sollte – was würde er am ehesten nennen? Wichtig wäre für ihn die Einführung der Individualbesteuerung und kostengünstige Zugänge zur ausserfamiliären Kinderbetreuung. «Das Fehlen der Individualbesteuerung hat sehr negative Folgen für die weibliche Erwerbsbeteiligung», ist Fehrs Meinung, gefragt seien Massnahmen, um das vielfach brachliegende Erwerbspotenzial der Schweizer Frauen besser auszuschöpfen. Und zur ganz grossen Linie: Von zentraler Bedeutung für den Wohlstand der Bevölkerung ist für ihn die langfristige Sicherung des Zugangs der Schweizer Wirtschaft zu den EU-Märkten. ◻